

**POLICY PAPER**

Wandelnde Realitäten in der Region

Expert Advisory Group (EAG)

Europäische Akteure und Akteure des südlichen Mittelmeeres:

Partner in Konfliktprävention und – bewältigung

Das vorliegende Policy Paper der Expert Advisory Group (EAG) - Europäische Akteure und Akteure des südlichen Mittelmeeres: Partner in Konfliktprävention und – bewältigung – beschäftigt sich mit den sich „Wandelnden Realitäten in der Region“. Gerrit F. Schlorach gibt uns Einblicke in das sich entwickelnde Mächtegleichgewicht auf staatlicher, innerstaatlicher und transnationaler Ebene und fasst damit die Diskussionen während des EAG Workshops in Tunis vom 5. bis 6. Mai 2007 zusammen.

Dem Überblick folgen vier Politikempfehlungen: Martin Beck führt an, dass vor dem Hintergrund mutmaßlich „substanzielerer“ Probleme im Nahen Osten die Vernachlässigung des israelisch-palästinensischen Konflikts irreführend ist. Sven Biscop unterstreicht, dass die Präsenz von europäischen Truppen in der Region die EU dazu zwingt, den internen politischen Dialog im Libanon aktiv zu unterstützen. Im Hinblick auf das Nuklear-Dossier des Iran fordert Emily B. Landau eine noch konsequenteren Verfolgung der Sanktionspolitik, solang bis der Iran bereit ist, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Carlo Masala schlägt vor, dass die EU in ihren Beziehungen zu ihren Nachbarn am Mittelmeer neue Prioritäten setzen sollte, um das zu fördern, was bisher unmöglich erschien: die Bereitschaft der arabischen Regime zu Kooperation und Veränderung. Yasar A. Qatarneh befürwortet, dass die internationale Gemeinschaft einen Dialog mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in der Region beginnen sollte, um die Stabilität und die Souveränität in der gesamten Region aufrecht zu erhalten.

1

Überblick: Wandelnde Realitäten in der Region

Zusammenfassung der Diskussion,
erstellt von Gerrit F. Schlorach

In Anwendung des Konzepts des Mächtegleichgewichts auf die sich wandelnden Realitäten in der Region identifizierten die meisten EAG-Mitglieder zwei lose miteinander verbundene Lager. Einige Länder und nicht-staatliche Organisationen stellen die bestehende Struktur in Frage, wie Iran, Hamas, Hisbollah oder Al Qaida. Eine zweite Gruppe von Ländern stellt das bestehende Gleichgewicht nicht in Frage, sondern widersetzt sich jeglicher Veränderung auf regionaler Ebene: Jordanien, Ägypten, Marokko, Tunesien oder die sechs Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates. Vor diesem Hintergrund bietet der vorliegende Überblick Einsichten in das sich wandelnde Mächtegleichgewicht auf staatlicher Ebene und wendet sich anschließend den neuen Spielern auf nationaler und transnationaler Ebene zu.

Neue strategische Herausforderungen für die Regierungen der Region

Betrachtet man die staatliche Ebene, so lassen sich einige neue strategische Herausforderungen für die regionalen Regierungen erkennen. Erstens hat Ägypten seine Position als führende Kraft in

der Region verloren, da es nur wenig Einfluss auf die Situation im Sudan oder auf den Konflikt zwischen Hamas und Fatah nehmen konnte. Zweitens steht Syrien nach dem Rückzug seiner Truppen aus dem Libanon 2005 und der Involvierung in die Ermordung des ehemaligen Premierministers Hariri unter starkem internationalen Druck. Der 34 Tage dauernde Krieg im Sommer 2006 und die Empfehlungen der Baker-Hamilton Kommission haben zudem aufgezeigt, wie sehr Syrien in die regionalen Konflikte eingebunden ist. Drittens ist seit der Invasion des Irak 2003 der Einfluss irakischer Akteure auf die regionale Agenda stark eingeschränkt, da das Land mit internen Problemen und mit der sich vertiefenden Kluft zwischen den religiösen und ethnischen Gruppierungen befasst ist. Viertens übernimmt Saudi-Arabien eine neue regionale Rolle. Einerseits ist ein Rückgang der nationalen Wirtschaft und somit weniger Großzügigkeit gegenüber benachbarten Gruppen und Ländern zu beobachten; andererseits ist ein Anstieg des saudischen Einflusses in der Form einer neuen „Riadpolitik“ erkennbar, mit der Saudi Arabien versucht, sich im Konflikt um Palästina zu engagieren, eine führende Rolle in den internen Problemen im Libanon zu übernehmen und den Einfluss des Iran auf die Golfstaaten und den gesamten Nahen Osten zu begrenzen. Neben den großen Herausforderungen für die arabischen Regierungen, erlebt auch Israel,



nach den begrenzten Erfolgen seines einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen, dem Verhalten im Krieg gegen die Hisbollah und der zunehmenden Bedrohung durch den Iran, eine strategische Neubewertung.

Irans nukleare Ambitionen lösen eine Welle nuklearer Begehrlichkeiten aus

Insbesondere der Iran genießt auf regionaler und globaler Ebene verstärkte Aufmerksamkeit. Dieses Interesse hängt mit den atomaren Ambitionen des Iran und den Bemühungen des Landes um die Bildung politischer Koalitionen zusammen, durch die es in der Region eine Dominanz erringen will. Der Libanon-Krieg im Sommer 2006 bewies eindeutig das Ausmaß des iranischen Einflusses und sein grenzüberschreitendes Engagement. Sowohl der Antisemitismus der aktuellen iranischen Regierung als auch die Rhetorik, die dem Land zu mehr Anerkennung als Regionalmacht verhelfen soll, lassen daran zweifeln, dass das Land friedliche nukleare Ziele verfolgt. Auch wenn die Gruppe insgesamt darüber übereinstimmt, dass Irans Einfluss in der Region zunimmt, waren manche Experten der Auffassung, dass das Fehlverhalten des Iran im Detail noch nicht nachgewiesen werden konnte.

Nummer 1
Juni 2007

Abgesehen von den direkten Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen, löste das iranische Nuklear-Dossier in mehr als zehn Staaten der Region den offenen Wunsch nach

Programmen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie aus. Zur Gruppe dieser Länder gehören die Türkei, Ägypten, die Länder des Golfkooperationsrates, Jordanien, Marokko, Tunesien, Libyen und Algerien. Zudem haben auch Länder wie der Sudan und Jemen Interesse an der Atomenergie gezeigt. Israel hält seine Politik der nuklearen Zweideutigkeit aufrecht und setzt dabei seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde fort.

Es gibt sicherlich einige gute Gründe für die friedliche Nutzung der Atomenergie. Dazu gehören Energieprobleme in Verbindung mit Wasserknappheit (Jordanien, Jemen) oder der Rückgang der natürlichen Energieressourcen (Algerien, Libyen). Allerdings betrachten manche dieser Länder die potentielle Atommacht Iran auch als eine Gefahr für den Status quo der Region oder für die innenpolitische Stabilität, somit hat der Atomkonflikt auch eine strategische Dimension.

Der US-Faktor in der Region und die Kluft zwischen Fähigkeiten und Erwartungen der EU

Trotz der sich zweifelsfrei verändernden Rolle der USA, die als Folge der in Misskredit geratenen aktuellen US Regierung zu betrachten ist, werden die USA auch in Zukunft in der Region fest im Sattel bleiben und omnipräsent sein. Unabhängig vom Ausgang der inner-amerikanischen Diskussionen über den Rückzug der US Truppen aus dem Irak, besteht kein Zweifel daran, dass der Einfluss Washingtons in der Region auch weiterhin bestehen wird. Ein strategischer Rückzug aus der Region erscheint angesichts der immensen Interessen der USA in der Region illusorisch, zumal diese durch unvergleichbare militärische Stärke und höchstes diplomatisches Engagement in den regionalen Angelegenheiten untermauert werden. Die

markantesten Probleme sind die Stabilisierung des Irak, das iranische Atomprogramm und der israelisch-palästinensische Konflikt.

Hinsichtlich der EU muss angemerkt werden, dass sie auf der regionalen Bühne auch in Zukunft nur eine Nebenrolle spielen wird, obwohl es in der Region Stimmen gibt, die eine stärkere Präsenz und ein vermehrtes Engagement Europas in den regionalen Angelegenheiten fordern. Dennoch spielte die EU beim Umgang mit dem Wahlerfolg der Hamas im Rahmen des Nahost-Quartetts eine führende Rolle; sie hat sich bei den EU3-Verhandlungen in der Iranfrage eingesetzt und in der Libanon-Krise Präsenz gezeigt. Jedoch konnte keiner dieser drei Konflikte beigelegt werden, ja der europäische Einfluss wird vielerorts als halbherzig eingestuft. Das begrenzte Engagement Europas scheint eine Kluft zwischen den hohen regionalen Erwartungen und den begrenzten europäischen Fähigkeiten bzw. dem begrenzten Willen zum gemeinsamen Handeln aufzuzeigen.

Neue Spieler und nicht-staatliche Akteure auf nationaler und transnationaler Ebene

Das aktuelle Mächtegleichgewicht wird nicht nur durch die Dynamik auf staatlicher Ebene, sondern auch durch den nationalen und transnationalen Druck in Frage gestellt. Auf nationaler und transnationaler Ebene können hierfür eine Vielzahl von Gründen ausgemacht werden. Mittelfristig ist eine zunehmende Spaltung der arabischen Gesellschaften zu erwarten. Starkes Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und die veränderten Beziehungen zwischen Mann und Frau haben einen großen Einfluss auf die Sozialstrukturen in der Region.

Aufgrund des sich reduzierenden Einflusses der Regierungen auf die regionale Agenda und des wachsenden Einflusses des Iran, nimmt die Bedeutung nicht-staatlicher Akteure in der Region zu. Die Bewahrer des Status quo werden einerseits durch liberale Kräfte herausgefordert, die einen Modernisierungsprozess anstreben, und andererseits durch radikale Kräfte, die jegliche Modernisierung ablehnen. Neben diesen sozialen Bewegungen, ist auch eine wachsende sektiererische Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten innerhalb von Ländern wie dem Irak oder Libanon, aber auch auf transnationaler Ebene erkennbar, wobei sich die arabische Welt vor allem vor einem mächtigen und einflussreichen Iran fürchtet. Islamistische Organisationen wie die Hisbollah im Libanon, die Hamas in den palästinensischen Autonomiegebieten und die Muslimbruderschaft in Ägypten haben ihre Machtbasis und ihren Einfluss auf der nationalen politischen Ebene verstärkt, nicht zuletzt aufgrund des schwachen Nation Building Prozesses.

Das wandelnde Gesicht des transnationalen Terrorismus und schwache Zentralregierungen

Das neue Gleichgewicht der Machtstrukturen verändert auch das Gesicht des transnationalen Terrorismus. Feststellbar ist eine strategische Veränderung und Neuorientierung der Terrorgruppen, insbesondere von Al Qaida, die heute mehr regional bzw. national agieren. Da es ziemlich unwahrscheinlich erscheint, dass die USA ihre militärischen und diplomatischen Aktivitäten in der Region einschränken, hat Al Qaida seine Strategie verändert und konzentriert seine Angriffe nun vermehrt auf die arabischen Regierungen.

Ein weiteres Merkmal der neuen regionalen Realitäten sind die schwachen Zentralregierungen. Dabei stellt sich die Frage, ob diese jemals ihr gesamtes Staatsgebiet kontrolliert haben oder ob in diesen Ländern je eine intakte Autorität an der Macht war. Obwohl, wie einige EAG Mitglieder unterstreichen, die internen Dysfunktionen regional sehr unterschiedlich sind, wird der Irak als das wohl herausragendste Beispiel für das Nichtfunktionieren des Staates angesehen. Der Libanon kennt ebenfalls interne Machtkämpfe, leidet unter einer schwachen Zentralregierung und befindet sich am Rande eines neuen Bürgerkriegs. Weitere Beispiele für schwache Regierungen sind der Jemen, der Sudan und die palästinensischen Autonomiegebiete.

2 Israelisch-palästinensischer Konflikt – eine realpolitische Perspektive

von Martin Beck

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben manche Beobachter, wenn auch meist nur hinter vorgehaltener Hand, die hohe Relevanz des israelisch-palästinensischen Konflikts in Frage gestellt. Gibt es im Nahen Osten nicht andere, bedeutendere Themen für die Europäer, wie etwa der Kampf gegen den Terrorismus, die Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Förderung von Reformen im Nahen Osten? Im Folgenden wird argumentiert, dass die Vernachlässigung des israelisch-palästinensischen Konflikts vor dem Hintergrund „substantieller“ Probleme im Nahen Osten irreführend ist. Obwohl es gute Gründe dafür gibt, sich aus ethischen Erwägungen für eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts einzusetzen, sei betont, dass das hier präsentierte Argument an den Eigeninteressen Europas ausgerichtet ist.

Ungeachtet der friedenspolitischen Frustrationen und des Unmuts, den das Scheitern des Osloer Prozesses bei einer steigenden Zahl von Beobachtern ausgelöst hat, stellt der Konflikt um Palästina immer noch den entscheidenden Faktor für Frieden und Stabilität im Nahen Osten dar. Alle wichtigen politischen Akteure der arabischen Welt fordern vehement das Ende der israelischen Besatzung Palästinas. Obwohl dieses Ziel für einige arabische Regierungen eher ein Lippenbekenntnis ist, ist die Forderung nach der „Befreiung Palästinas“ für die Legitimierung der Außenpolitiken der Staaten im Nahen Osten entscheidend. Wenn ein arabisches Regime seine Bevölkerung nicht davon überzeugen kann, dass es sich für die palästinensische Sache einsetzt, spielt es der – islamistischen – Opposition in die Hände.

Zudem hängt die Glaubwürdigkeit der außenpolitischen Bemühungen des Westens und seine Reputation im Allgemeinen in hohem Maße von seiner Politik im Nahostkonflikt ab. Einer, wenn nicht der Hauptgrund, warum sich der Antiamerikanismus im Nahen Osten nicht in eine auch Europa mit einschließende, anti-westliche Ideologie gewandelt hat, liegt in den unterschiedlichen Ansätzen gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt begründet. Wenn die USA dennoch sehr viel mehr Einfluss auf die meisten arabischen Akteure als die EU ausüben, so liegt dies daran, dass die USA aufgrund ihrer hohen Machtkapazitäten in der Lage sind, die Nachteile ihrer schlechten Reputation zu kompensieren. Der europäische

Einfluss auf die Akteure des Nahen Ostens hängt hingegen weitgehend von ihrer Glaubwürdigkeit ab.

Dieses Argument leugnet nicht, dass viele arabische Führer die Palästinafrage nur instrumentalisieren, um der US-amerikanischen Initiative zu Reformen im Nahen Osten die Legitimität zu entziehen. Auch steht fest, dass sich die meisten Herausforderungen der arabischen Welt nicht durch die Bildung eines souveränen Staates Palästina lösen lassen. Dennoch ist die fortgesetzte israelische Besatzungsherrschaft in den palästinensischen Gebieten ein perfektes Mittel für die regierenden autoritären Eliten im Nahen Osten, um die westlichen Initiativen zu desavouieren.

Wenn es demnach im europäischen Eigeninteresse liegt, den israelisch-palästinensischen Konflikt im Rahmen der Nahost-Politik Priorität einzuräumen, stellt sich abschließend die Frage, wie die EU konkret die friedliche Beilegung des Konflikts fördern kann. Drei Prinzipien sollten dabei berücksichtigt werden:

Zunächst sollte eine langfristige Perspektive angelegt werden. Es gibt zwar eine Vielzahl von internationalen Initiativen, mit denen der Friedensprozess wiederbelebt werden sollte, doch fehlt es an gut vorbereiteten Ansätzen. Shuttle-Diplomatie sollte nur als Ausgangspunkt zur Entwicklung eines umfassenden Rahmenwerks betrachtet werden. Will Europa mit seinen Initiativen erfolgreich sein, muss es eng mit den USA zusammenarbeiten. Gleichzeitig muss die EU aber auch unterstreichen, dass sie eine eigenständige Position vertritt. Die Tradition der Erklärung von Venedig und die nachfolgenden Erklärungen des Europäischen Rates sollte wieder aufgegriffen werden. Die EU sollte zu jenem Prinzip, das sie auf deklaratorischer Ebene mit großem diplomatischen Erfolg in ihrer Politik gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt im 20. Jahrhundert etablierte, zurückkehren: Ausgewogenheit. Legitime europäische Forderungen an die palästinensische Seite sollten mit analogen Forderungen an Israel kombiniert werden. So ist von der Hamas zu erwarten, dass sie die Grenzen Palästinas festlegt. Die EU sollte aber auch Israel nachdrücklich daran erinnern, auch seine Grenzen zu definieren. Dies sollte vor dem Hintergrund der offiziellen Position der EU geschehen, derzu folge die Grenzziehung zwischen Palästina und Israel im Grundsatz auf der grünen Linie vor dem Krieg 1967 basieren sollte.

3 Libanon: Warten ist keine Lösung!

von Sven Biscop

Nach dem Krieg im Libanon im Jahr 2006 wandte sich die UN mit der Bitte an Europa, ihre Friedenstruppen zu verstärken. Die EU reagierte prompt auf diese Anfrage, motiviert durch das unerwartete Ausmaß und die Intensität des Krieges und aufgrund der eindeutigen Unterstützungserklärungen für die UN während der letzten Jahre.

Am 25. August 2006 nahm der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan an einer außerordentlichen Sitzung des EU Rates teil. Im Anschluss daran erklärte er, dass „Europa sich seiner Verantwortung stelle“. Obwohl die Truppen den blauen Helm tragen, wird UNIFIL plus klar als europäische Präsenz gewertet.

Der Rat selbst weist eindeutig darauf hin, dass „der signifikante allgemeine Beitrag der Mitgliedstaaten zur UNIFIL zeigt, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung gerecht werde“ und dass „dies der Union in der UNIFIL eine führende Rolle einräumt“ [Hervorhebungen des Autors].

Nummer 1
Juni 2007

Es kann sicherlich als Erfolg gewertet werden, dass die Grenze zu Israel nun von libanesischen Streitkräften und nicht von Hisbollah Milizen kontrolliert wird.

Für die EU scheint die starke Präsenz in der UNIFIL darauf hinzuweisen, das sie ihre politisch-militärische und nicht nur ihre wirtschaftliche Rolle immer mehr akzeptiert. Dennoch wird UNIFIL die Hisbollah nicht entwaffnen – sie wird die Grenzregion südlich des Litani Flusses entmilitarisieren, die Hisbollah wird sich nördlich davon wahrscheinlich neu gruppieren. UNIFIL gewinnt damit nur Zeit für einen politischen Prozess, der alle Akteure in einem demokratischen libanesischen Staatswesen integrieren sollte. Nur in diesem weit gefassten politischen Rahmen können die SSR/DDR Maßnahmen zur Integration der bewaffneten Hisbollah in eine geeinte libaneseische Armee führen, was der einzige friedliche Weg zur Konsolidierung der libanesischen Demokratie zu sein scheint. Ohne diesen politischen Prozess kann das bei der am 25. Januar 2007 stattgefundenen Pariser Konferenz abgegebene Versprechen auf wirtschaftliche und finanzielle Hilfe – 40 % davon durch die EU und ihre Mitgliedstaaten – die Stabilität im Libanon nicht garantieren, ebenso wenig wie die Annahme des Aktionsplans für den Libanon im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Wie die Ermordung mehrerer führender libanesischer Persönlichkeiten und die daraus entstandenen politischen Unruhen gezeigt haben, ist der zeitliche Rahmen sehr begrenzt. Es bedarf dringend einer Initiative für einen politischen Prozess, da das Land andernfalls in einen neuen Bürgerkrieg versinken könnte. Ohne diese Initiative wird auch die positive Einstellung gegenüber der UNIFIL sehr schnell wieder schwinden. Die Friedenstruppen könnten sehr schnell als Besatzer und zu Stellvertreter Israels wahrgenommen werden. Kommt es tatsächlich zu einem neuen Bürgerkrieg, befände sich die UNIFIL in einer äußerst schwierigen Situation.

Aufgrund der Truppenpräsenz vor Ort, kann es sich die EU nicht leisten abzuwarten, sondern sie muss den internen politischen Dialog im Libanon aktiv fördern. Nachdem die EU durch den Einsatz der Truppen ihre Verantwortung wahrgenommen hat und ihre Truppen damit Gefahren aussetzt, sollte sie diese Verantwortung auch tatsächlich schultern und zumindest versuchen, den Prozess in Gang zu bringen, da sich andernfalls das Fenster der Gelegenheit schließen wird.

4

Iran: die Zeit wird knapp

von Emily B. Landau

Die atomaren Ambitionen des Iran befinden sich an einem kritischen Punkt. Jüngste Berichte der IAEA weisen darauf hin, dass das Atomprogramm des Iran bereits weiter fortgeschritten ist, als ursprünglich angenommen und Mitte Mai 1300 Zentrifugen erfolgreich installiert wurden. In wenigen Monaten könnte die Grenze von 3000 erreicht werden. Gleichzeitig lehnt es der Iran

beharrlich ab, seiner Verpflichtung zur Suspendierung der Urananreicherung nachzukommen, die ihm in drei verpflichtenden Resolutionen des UN Sicherheitsrats im letzten Jahr auferlegt wurden. Vielmehr intensiviert Teheran darüber hinaus seine diesbezüglichen Aktivitäten.

Die diplomatischen Bemühungen, die von der EU-3 seit Ende 2003 unternommen wurden, gerieten 2005 in eine Sackgasse, als Ahmadinejad Präsident wurde und die damals auf dem Tisch liegenden Angebote ablehnte. Im Juni 2006 wurde versucht, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und ein großzügiges Angebot wurde an den Iran gerichtet, einschließlich des ausdrücklichen amerikanischen Vorschlags, sich den europäischen Staaten anzuschließen. Iran lehnte dieses Angebot ab, auch weil das Land nicht gewillt war, die Vorbedingungen für die Verhandlungen zu erfüllen, nämlich die Suspendierung der Urananreicherung.

Eine Mehrzahl derer, die in den letzten fünf Jahren daran beteiligt waren, die atomaren Ambitionen des Iran zu bremsen, wies wiederholt darauf hin, dass noch Zeit bliebe für Diplomatie. Nun scheint die Zeit plötzlich knapp zu werden und die diplomatischen Bemühungen sind gescheitert. Dennoch unterstützt der Generaldirektor der IAEA El Baradei keine schnelle Entscheidung über schärfere Sanktionen, sondern erklärt, dass die Beweggründe für Sanktionen durch die Ereignisse überholt wurden, denn nun seien es die Fortschritte des Iran, die die Bedingungen für den (auf verlorenem Posten) kämpfenden Westen vorgeben.

In Übereinstimmung mit den jüngsten Enthüllungen, überprüft die EU in der Person von Javier Solana erneut Möglichkeiten für Verhandlungen mit dem Iran. Solana traf den iranischen Chefunterhändler Larijani Ende April und erneut Ende Mai. Für den Erfolg einer neuen Verhandlungsrunde ist es allerdings notwendig, dass aus den Fehlschlägen der früheren Runden entsprechende Lehren gezogen werden. Es sollte klar erkennbar sein, dass es tatsächlich noch Zeit gibt, den Iran mittels Verhandlungen zu stoppen. Diese Bedingungen sind im Augenblick jedoch nicht gesichert. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die EU ihre Lehren hinsichtlich des gekonnten Spiels des Irans auf Zeit gezogen hat. In dem Bemühen aufzuzeigen, dass Verhandlungen die einzige Möglichkeit im Umgang mit den Sicherheitsherausforderungen auf internationaler Ebene sind, übersah die EU die Tatsache, dass der Iran kein Interesse an den Angeboten des Westens hat. Iran erkennt den Vorteil von Verhandlungen zwar an, hat bisher jedoch kein Interesse am tatsächlichen Abschluss derselben gezeigt. Und nun wird die Zeit immer knapper.

In der augenblicklichen Situation scheint die beste Option klar zu zeigen, dass die internationale Gemeinschaft entschlossen ist, den im letzten Jahr eingeschlagenen Weg im Rahmen des Sicherheitsrates weiter zu gehen: Fortführung und Verschärfung der Sanktionen. Es muss verstanden werden, dass sich der Iran sehr erfolgreich Zeit verschafft hat. Sofern keine harten Maßnahmen getroffen werden, wird der Iran damit auch solange fortfahren bis die Zeit abgelaufen ist. Dann wird der internationale Gemeinschaft keine andere Wahl bleiben, als die iranischen Regeln zu akzeptieren. Der Sanktionskurs sollte mit noch stärkerer Entschlossenheit fortgesetzt werden, solange bis sich der Iran auf der Suche nach

einem Deal tatsächlich an den Verhandlungstisch setzt. Nur dann haben Verhandlungen tatsächlich Aussicht auf Erfolg – vorausgesetzt, es ist noch nicht zu spät.

5

Ein Schritt nach dem anderen

von Carlo Masala

Angesichts der geopolitischen Situation in der Region, muss sich die EU mit einer wichtigen Frage befassen, und zwar mit den Beziehungen zu ihren Nachbarn am Mittelmeer (und deren Pendant am arabischen Golf). Vereinfacht ausgedrückt, geht es um die Frage, ob die EU ihren zweigleisigen Ansatz fortsetzen soll, einerseits mit den bestehenden Regierungen zusammenzuarbeiten und andererseits die Demokratisierung durch die Schaffung und Stärkung der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt zu fördern.

Dieser kurze Text beinhaltet eine einfache aber hoffentlich starke Botschaft: ein Schritt nach dem anderen. In ihrer Politik gegenüber der arabischen Welt sollte sich die EU zunächst darum bemühen, die bestehenden Regime zu stabilisieren und zu beruhigen. Erst in einem zweiten Schritt sollte die Demokratie gefördert werden und zwar nicht durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, sondern durch eine zwischen-staatliche Kooperation mit den regierenden Eliten. Tatsächlich würde ich sogar meinen, dass die Beziehungen der EU zur arabischen Welt viel besser wären, wenn der Begriff der Demokratisierung durch ein neutrales Wort ersetzt und der Begriff Zivilgesellschaft vollständig vermieden würde.

Die EU befindet sich in einer echten Zwickmühle. Einerseits muss sie mit den regierenden Eliten verhandeln, da ein Großteil ihrer Kooperation auf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit beruht, andererseits versucht sie über die Zivilgesellschaften die Demokratie in der arabischen Welt zu fördern. Indem sie beides gleichzeitig unternimmt, erzeugt die EU den Eindruck, dass sie die bestehenden Regime unterminieren möchte (und langfristig ersetzen möchte). Folglich fühlen sich die regierenden Eliten von der „Zivilgesellschaft“ bedroht. Unterdrückung und Niederschlagung der Opposition sind die logischen Konsequenzen dieser Quadratur des Kreises.

Da dieses Dilemma nicht gelöst, sondern lediglich abgeschwächt werden kann, scheint eine strategische Ajustierung angebracht. Anstatt gleichzeitig beide Ziele zu verfolgen, sollten die Entscheidungsträger in Brüssel ihre Ziele nach Prioritäten ordnen. Wenn sie die Stabilität dabei an erste Stelle setzen, hat das einige größere Vorteile: es trägt zur Beruhigung der regierenden Eliten bei, die keine Angst mehr haben müssen, dass ihre Existenz bedroht wird und dadurch auch eher bereit sein könnten mit der EU zusammenzuarbeiten. Die regierenden Eliten sind damit vielleicht auch eher bereit, Reformen (vor allem in den Bereichen zivile Freiheiten und Menschenrechte) einzuleiten.

Die Neuordnung der Prioritäten muss zudem von einer semantischen Korrektur begleitet werden. Anstatt von der Förderung der Demokratie in der arabischen Welt zu sprechen (was eine westliche Vorstellung von Demokratie wachruft), sollten wir auf der Förderung von bestimmten Normen (z.B. dem Rechtsstaat) beharren. Diese Änderung könnte sich als effizient erweisen, da sie nicht mit einer bestimmten Vorstellung vom

„besten politischen System“ verbunden ist. Durch die Annahme bestimmter Normen, könnten die Regime in der arabischen Welt weiterhin die Gelegenheit nutzen, ein politisches System zu entwickeln, das sich institutionell vom Westminister-System unterscheidet.

Schließlich sollte es die EU vermeiden, über Zivilgesellschaften zu sprechen. In Europa hat man mittlerweile vergessen, dass der Begriff „Zivilgesellschaft“ in der Mitte der 70er Jahr von osteuropäischen

Dissidenten erfunden wurde, um einen Raum innerhalb der kommunistischen Gesellschaften zu schaffen, in dem a) der Staat keinen Einfluss und keine Kontrolle hatte und b) dessen gemeinsamer Nenner die Opposition zu den Machthabern war. In seiner ursprünglichen Bedeutung, war es das Ziel der Zivilgesellschaft, bestehende Regime auszuhöhlen. Angesichts dieser etymologischen Erklärung, ist es keineswegs erstaunlich, dass die meisten arabischen Regierungen misstrauisch werden, wenn die EU die Zivilgesellschaften in ihren Ländern fördern will.

Dieser Text tritt grundsätzlich für drei Dinge ein: Erstens sollte der Stabilität Priorität gegenüber der Veränderung eingeräumt werden. Zweitens sollte der Begriff Demokratie durch den Begriff Normen ersetzt werden. Drittens sollte man es vermeiden, über die Zivilgesellschaften zu sprechen. Durch diese Änderung der Prioritätenliste könnte die EU einen Weg aus dem aktuellen Dilemma finden und das erreichen, was bisher unmöglich erschien: die Bereitschaft der arabischen Regime zu Kooperation und Veränderung.

6

Wie mit arabischen nicht-staatlichen Akteuren umgehen?

von Yasar A. Qatarneh

Neue mächtige nicht-staatliche arabische Akteure wie die Hisbollah im Libanon, die Hamas in Palästina und die Muslimbruderschaft in Ägypten nehmen heute eine entscheidende Rolle ein und bilden das zentrale Element auf der politischen Bühne dieser Länder. In der Blütezeit Syriens, Iraks und Ägyptens bestand der schlimmste Albtraum der Regime in einem Krieg zwischen Israel und einer Koalition arabischer Staaten. In der neuen Situation geprägt durch den Aufstieg nicht-staatlicher Akteure, den Krieg gegen den Terrorismus und das andauernde Fiasko im Irakkrieg, konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf eine unkonventionellere Gefahr, der man schwerer begegnen kann und die auch schwieriger zu eliminieren ist.

Vor diesem Hintergrund liegt es im Interesse der internationalen Gemeinschaft, sich auf die Sicherung der Stabilität und die Souveränität aller Regierungen der Region zu konzentrieren, einschließlich Syrien, Iran und die Palästinensische Autonomiebehörde. Konkret muss die internationale Gemeinschaft die Stabilisierung der libanesischen Regierung unterstützen und die libanische Souveränität respektieren. Verhandlungen mit Syrien zu führen, um das Land der Einflusssphäre des Iran zu entziehen, wäre zum heutigen Zeitpunkt keine kluge Entscheidung, da dadurch die libanesische Regierung unterminiert würde. Die internationale Gemeinschaft sollte eventuellen Verhandlungen mit Syrien dennoch offen

Nummer 1
Juni 2007

